



Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 05.05.2023

Bekanntgabe im GGR : 09.05.2023

Stadtkanzlei
Roman Burkard Präsident GGR
Gubelstrasse 22
6301 Zug

Interpellation der SP-Fraktion «Endlich wirksame Medizin für den preisgünstigen Wohnungsbau in Zug»

20 % des gesamten Stadtzuger Wohnungsbestandes soll bis 2040 preisgünstig sein. Das ist das Ziel der SP-Volksinitiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand». Heute beträgt der Anteil gemäss Vorlage Nr. 2197.3 14 %.

«Taten statt Worte» forderte die FDP im März 2021 mittels einer Motion und setzte dasselbe langfristige Ziel.

Trotzdem lehnt der Stadtrat die SP-Initiative ab und vergibt damit die Chance, einen grossen Schritt zur Lösung des grössten Problems in der Zuger Politik zu leisten.

Ein Blick in die Immobilienportale reicht, um zu sehen, welche Dimensionen das Problem angenommen hat. Mieten für ein 20m² Business-Apartment, welche anderenorts für eine 4-Zimmerwohnung reichen. 3 bis 5-Zimmerwohnungen fehlen praktisch komplett oder es handelt sich um Luxuswohnungen, zumindest im Preis. Richtig dramatisch für den Zuger Mittelstand wird es, wenn sogar sozialpflichtige Institutionen in der Herti, beim Liebfrauenhof oder hinter der Stadtgrenze an der Zugerstrasse 18 günstigen Wohnraum leer kündigen, um nach der Renovation das Doppelte verlangen zu können.

Auch der Stadtrat anerkennt in seiner Vorlage Nr. 2791 das Problem, allein wenn es um griffige Massnahmen geht, will er partout nicht vorwärts machen – die schönen Bekenntnisse vom Wahlherbst 2022 haben sich mittlerweile in Luft aufgelöst.

Deshalb bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen (bitte mit schriftlicher Begründung):

- 1) Der Stadtrat verfügt seit 2013 über eine Rückstellung von CHF 6.6 Mio für Wohnungsbau und Landerwerb.
 - a. Wie viele preisgünstige Wohnungen hat der Stadtrat in den letzten 10 Jahren in Umsetzung des Volksauftrags «Wohnen in Zug für alle» tatsächlich realisiert oder zumindest erheblich gefördert? (bitte Zahlen nennen: wie viele, wann, wo)
 - b. Wie und wo will er diese Mittel zukünftig einsetzen?

- 2) Der Stadtrat hat in seiner Vorlage Nr.2736 vom 24.5.22 eine Änderung der städtischen Bauordnung vorgelegt. Danach sollen in ordentlichen Bebauungsplänen auf 20 % der **zusätzlichen anrechenbaren** Geschossflächen preisgünstige Wohnungen ermöglicht werden. Diese Massnahme ist offensichtlich der Grund, weshalb der Stadtrat die SP-Initiative zur Ablehnung empfiehlt. Mittlerweile hat der Stadtrat diese Vorlage sistiert, obwohl verschiedene Bebauungspläne in der Pipeline sind.
 - a. Warum hat der Stadtrat seine Vorlage sistiert?
 - b. Ist der Stadtrat sicher, dass er seine Vorlage rechtzeitig wieder bringen wird oder nimmt er das Risiko in Kauf, mit leeren Händen da zu stehen?
 - c. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass er mit seinem neuen Passus in der Bauordnung wenig Zusatznutzen für die Zuger Wohnungssuchenden stiftet?



- 3) Der Stadtrat prognostiziert eine Bevölkerungsentwicklung von heute rund 31 000 auf bis zu 45 000 im Jahr 2040. Da braucht es rein mathematisch einen erheblichen Zusatzeffort, um nur schon die heutige Quote von 14 % an preisgünstigen Wohnungen halten zu können. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es bei der Verdichtung auch zu Abbrüchen von preisgünstigen Wohnungen kommen wird, die ebenfalls zu kompensieren sind.
 - a. Nimmt der Stadtrat diese beträchtliche Lücke zur SP-Initiative und zur erheblich erklärten FDP-Motion einfach billigend in Kauf?
 - b. Welche griffigen und konkreten liberalen Massnahmen im Sinne der FDP hat der Stadtrat noch im Köcher?
 - c. Zusätzlich verlangen wir eine aktuelle Zusammenstellung über die vom Stadtrat als preisgünstig anerkannten Wohnungen.

- 4) Fazit: Mit der Wohnungspolitik des Stadtrats in den letzten Jahren (sistierte und wenig wirkungsvolle Änderung der BO, wenig Förderung von genossenschaftlicher Wohnungsbau, viel Statistik und abstrakte Massnahmenkataloge, Lippenbekenntnisse,...) lässt sich das drängendste Zuger Problem nicht annähernd beheben.
 - a. Wie kann sich der Stadtrat unter diesen Umständen damit begnügen, die wirksame SP-Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» einfach abzulehnen?

Nur wo ein Wille ist, ist auch ein Weg !

Für die SP-Fraktion

Ivano De Gobbi

Esther Ambühl Tarnowski

Marilena Amato Mengis

Jérôme Peter

Albina Fässler